

würde zu einer rentablen und ertragreichen Ausnutzung des Landes zu befähigen.

Leider ist der fortschrittliche Geist, der sich in der Ministerialkommission auf diesem Gebiete zeigt, sowohl im Ministerium als auch in den Bezirksministerien sonst nicht vorhanden. Es ist ja auch bekannt, daß sich in der Domanenabteilung der Bezirksregierungen kein einziger fachlich und wissenschaftlich ausgebildeter Landwirt befindet. Darum wird es sorgfältiger Beobachtung der beteiligten Kreise bedürfen, damit die angeforderten wohltätigen Bestimmungen der preussischen Domanenverwaltung auch von den unteren Instanzen hingegängig in die Tat umgesetzt werden. Die Klein- und mittelbäuerlichen Kreise werden hierbei sorgfältig mitgeholfen müssen. Vor allen Dingen werden sie auch zu prüfen haben, ob die Organisation, der sie sich angegeschlossen haben, ihnen auf diesem Gebiete günstig sein kann.

Aus Parlamenten und Parteien

Den Hintermännern der Elbwehr ins Stammbuch. Unter ihrer Ueberchrift berichtet Erich Leopold in der „Weltbühne“ das folgende bezeichnende Erlebnis: „Ich kenne eine evangelische Oberlehrerin an einer höheren Mädchenschule im Westen Berlins. Die erzählt: Seit etwa einem Jahr ist in unserer Schule eingeführt, daß die Mädchen für eine benachbarte Gemeindeschule Prüfungsamt sammeln, das heißt: entweder ein Prüfling für die unermittelten Kinder mitbringen oder von ihrem etwas Schuldiener eingekauft und von einem Kind der Gemeindeschule zu bestimmen Zeit abgeholt. Es wurden im Durchschnitt täglich 30 bis 40 Portionen gebracht. Im jüdischen Feiertag stellte ich heraus, daß beim Schuldiener nur ein einziges Frühstück nämlich das meine, abgegeben war. Ich befragte meine Schülerinnen, warum heute weiter kein Frühstück abgeliefert sei, und erhielt die einstimmige Antwort: Dafür sorgen doch immer die jüdischen Schülerinnen. Diese jüdischen Schülerinnen bilden den dritten Teil der Schule und sind von den anderen zwei Dritteln gemieden.“

Deutsche Demokratische Partei und Volksentscheid. Der „Demokratische Zeitungsdienst“ veröffentlicht aus Anlaß der bevorstehenden Auslegung der Einzeichnungslisten für ein Volksbegehren in der Frage der Fürtienabfindung nachstehende Mitteilung der Parteileitung:

Die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion ist aus dem Vortrabe heraus, die ungeschriebenen Forderungen der Fürtien abzuwehren und das schwerlebende deutsche Volk vor weiterer Belastung zu bewahren, nachdrücklich bemüht, die diesem berechtigten Bestreben entsprechende gesetzliche Regelung der Fürtienabfindung auf parlamentarischem Wege zu erreichen. Die Gestaltung des Fürtienabfindungs im zukünftigen Anschlag steht noch nicht fest. Die Soffnung auf eine entsprechende Regelung ist somit noch vorhanden. Für die Deutsche Demokratische Partei ist daher der Zeitpunkt für eine Stellungnahme zu einem Volksentscheid noch nicht gekommen.

Erhaltung des Berufsbeamteniums.

Erklärungen des Reichsfinanzministers.

In seiner Haushaltsrede hat der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold als Ziel seiner Beamtenpolitik „die Erhaltung einer zahlenmäßig kleinen, hochwertigen und ihrer Leistung entsprechend bezahlten Beamtenpolitik“ hingestellt. Diese Aeußerung ist in Beamtenkreisen vielfach dahin ausgedeutet worden, als ob die Beamtenpolitik der Staatsbediensteten zu Gunsten eines Angestelltenverhältnisses zurückgedrängt werden solle. In einer Besprechung, die der demokratische Reichstagsabgeordnete Schuldt-Steglich mit dem Reichsfinanzminister hatte und in der die gesamte Beamtenpolitik des Reichsfinanzministeriums erörtert wurde, erklärte Reichsminister Dr. Reinhold bezüglich des angezogenen Teiles seiner Rede, daß er nicht daran gedacht habe, etwa das Berufsbeamtenium abzubauen, sondern daß er vielmehr der Auffassung sei, daß überall da, wo Bedienstete in Reichsbetrieben mit Arbeit beschäftigt werden, die eine Beamtenstellung in sich schließen, diese Bediensteten unter allen Umständen auch als Beamte bezeichnen und behandelt werden sollen.

Umsatzsteuer und Eigenverbrauch landwirtschaftlicher Haushaltungen. Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu erlauben, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf über eine Aenderung des Umsatzsteuergesetzes vorzulegen mit dem Ziel, den Eigenverbrauch derjenigen landwirtschaftlichen Haushaltungen, die den größten Teil des Jahres ausschließlich mit Familienkräften wirtschaften, von der Umsatzsteuer zu befreien.

Falsche Auslegung von Mietsverträgen. Von Mitgliedern der demokratischen Reichstagsfraktion ist nach-

folgende Kleine Anfrage gestellt worden: Ist der Reichsregierung bekannt, daß Mietsverträge, die mit Gemeindefreunden, z. B. mit Vätern, abgeschlossen sind, durch Gerichtsurteil als Pachterträge angesehen werden? Durch diese falsche Auslegung des Mietsvertrages werden zahllose Gemeindefreunde ihrer Existenz beraubt. Was gedenkt die Reichsregierung gegen diese merkwürdige Auslegung der Gesetze zu tun?

Kleines Geschichtchen. Vor dem Auswärtigen Amt in der Wilhelmstraße hält ein Auto, das ein Kühler die schwarz-rot-goldenen Farben des Reiches mit dem Adler

Für den erwerbstätigen Mittelstand.

Die Bundeszeitung des Mitteldeutschen Handwerkersbundes brachte an der Spitze ihrer Ausgabe vom 15. Februar einen Auszug aus der Etatsrede des demokratischen Reichsfinanzministers Dr. Reinhold und knüpfte daran die Bemerkung, daß diese Rede in der gesamten Öffentlichkeit einen starken Widerhall gefunden und der Minister der gesamten Wirtschaft aus dem Herzen gesprochen habe. Der bisherige Steuerdruck sei für den gewerblichen Mittelstand schlichterdinges untragbar geworden. Das Programm Dr. Reinholds, in dem seine Forderung nach Entlastung der Wirtschaft von produktionshemmenden Steuern besonders zu begrüßen sei, müsse schleunigst durchgeführt werden.

Dr. Reinhold ist Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und hat mit rücksichtsloser Energie in die Mägen des Steuernezes eingegriffen, das unter seinen Vorgängern, dem deutschen Finanzminister von Sieben und dem ebenfalls deutschen Finanzminister Neuhaus, um Hand und Fuß zu tun, sich nicht rücken ließ. Man braucht dabei nur an das „Preisabbaugesetz“ zu erinnern, das der erwerbstätigen Mittelstand einen Sturm der Entrüstung auslöste. Dieses Straßengesetz war ureigenes Erzeugnis politisch rechts stehender Minister. Es war gewissermaßen die Reinkarnation für das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924.

Denkt man in den Kreisen des erwerbstätigen Mittelstandes noch daran? Die Kandidaten der Reichspartei und diejenigen der Wirtschaftspartei verpacken vor der Wahl alles, was man hören und haben wollte. Als es aber galt, für die Versprechungen einzutreten, kam es wieder einmal anders als es sich die Wähler gedacht hatten. An Anregungen und Anträgen, wirklich praktische Arbeit für den Mittelstand zu leisten, hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Aber fast jede noch so berechtigte und auch erfüllbare Forderung wurde gerade von den Reichsparteien einschließlich der Wirtschaftspartei abgelehnt.

So stellte heftigstestens gleich beim Zulammentritt des im Dezember 1924 gewählten Reichstags die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei folgende Anträge:

1. Zur Stärkung der Leistungsfähigkeit des Handwerks den Handwerker-Gesellschaften einen verbrieften langfristigen Kredit zu geben;
2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem die öffentlichen Betriebe hinsichtlich der öffentlichen Kosten den freien Gewerbetreibenden gleichgestellt werden;
3. die Reichsregierung zu ersuchen, daß die Spitzenvertretungen des Handwerks und Kleinhandels ernannt werden, Sachverständige zu benennen, die bei den bevorstehenden Verhandlungen der Handelsverträge zugezogen werden;
4. Errichtung eines Staatssekretariats für Handwerker im Reichswirtschaftsministerium;
5. baldige Vorlegung eines Verhandlungsgesetzentwurfes;
6. Schaffung einer Auftrag-Vermittlungsstelle mit dem Ziele einer besonderen Berücksichtigung des deutschen Handwerks, bei der Vergabe von Reparationslieferungen;
7. Aufhebung der Verordnungen über Preisfischer, Preistreiber, Preisprüfungsstellen, über den Verkehr mit Fleisch, Vieh und über Notstandsversorgung. Und was tat damals die Reichsregierung gegenüber diesen Forderungen von der demokratischen Fraktion erhobenen Forderungen?

1. Man bewilligte lo kurzfristig bemessene Kredite, daß das notleidende Gewerbe diese kurzen Termine gar nicht einhalten konnte.

2. Den Antrag auf Gleichstellung der Betriebe hinsichtlich der öffentlichen Lasten lebten Reichsparteien und Wirtschaftspartei kurzerhand ab.

3. Die Hinzuziehung von Mittelstandsvertretern bei den Verhandlungen über Handelsverträge blieb so gut wie unberücksichtigt.

4. Statt des verlangten Staatssekretariats für das Handwerk im Reichswirtschaftsministerium ließ sich der deutsche Minister Neuhaus nur die Bewilligung eines einflußlosen Staatskommissars ab-

zielt. Großes Ertaunen bei allen Vorübergehenden. fährt der Außenminister der Republik, fährt Dr. Stresemann, jetzt auch in Zeiten von Schwarz-Rot-Gold spezifizieren? Immerhin eine Neugierde, denn bisher hat man selten, daß die Minister der Republik die Dienstflage am Auto führen. Ist hier eine Aenderung eingetreten? Leider nein, weder der Reichsminister noch der Reichsaussenminister zeigen die Farben der Republik. Des Reichs Lösung: Vor dem Auswärtigen Amt wartet das Dienstauto des demokratischen Reichsministers des Innern, dem es eine Selbstverständlichkeit ist, daß sich an seinem Dienstauto auch die republikanischen Farben befinden.

5. Die wichtige Forderung nach Neuordnung des Vergütungswesens fiel bei der Reichsregierung unter den Tisch.

6. Die Berücksichtigung des Handwerks bei Vergütung von Reparationslieferungen wurde auf wiederholtes Drängen schließlich zugestanden.

7. Die Wiederholung von den Demokraten verlangte Aufhebung der Verordnung über Preisfischer, Preistreiber, Preisprüfungsstellen und der Wirtschaftspartei nach der Wahl erhielten. Aber es kam noch besser. Nachdem der Reichsminister Luther bei Beratung der Zolltarifvorlage von einer Preisentzugsaktion gesprochen hatte, verlangte die demokratische Fraktion von der Regierung eine Ueberprüfung Preisentzugsaktionen bei den Kartellen und Trusts. Erfolg: Die Preisentzugsaktion blieb mit einemmal stecken.

Auch in steuerlicher Hinsicht bemühte sich die demokratische Fraktion darum, dem selbständigen Gewerbe Erleichterungen zu verschaffen. Die Fraktion beantragte:

1. Der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer wird mit sofortiger Wirkung auf $\frac{1}{2}$ vom Hundert herabgesetzt.
2. Die §§ 15 bis 29 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 (RGBl. S. 2157) werden gestrichen.
3. In § 2 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 (RGBl. S. 2157) wird hinter Nr. 5 folgende Nr. 5a eingefügt:

5a: Vermittlungen und Abschlüsse, die über Geschäfte für das Handelsgewerbe eines anderen in dessen Namen vorgenommen werden. (§ 84 SGB).

4. Die Umsatzsteuerpflicht für die berufliche Tätigkeit der freien Berufe wird aufgehoben.

Sämtliche Anträge scheiterten wiederum an der ablehnenden Haltung der Rechten einschließlich der Wirtschaftspartei, so daß das Ergebnis der auch von vielen Anhängern des gewerblichen Mittelstandes zunächst begrüßten Reichsregierung unter dem ersten Kabinett Luther gerade für den Handwerker und Mittelstand ein überaus schlechtes ist. In gerade diesem Kabinett und der Wirtschaft des deutschen Ministers Neuhaus verstand der Mittelstand die Vorlage des bereits oben erwähnten Preisabbaugesetzes, das den Gipfel der Feindseligkeit gegen das Handwerk darstellte.

Die Finanzpolitik Dr. Reinholds geht von dem Grundsatz aus, daß die öffentlichen Ausgaben lo eingeschränkt werden müssen, daß die zu ihrer Deckung notwendigen Lasten wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht sind. Zwischen Steuerbedürfnis und Steuerkraft muß ein gerechter Ausgleich hergestellt werden. Vertreter des Handwerks und der gesamten deutschen Wirtschaft haben bereits Gelegenheit genommen, dem demokratischen Minister ihre Wünsche vorzutragen. Es geht ein Aufatmen und ein Zug des Vertrauens durch den erwerbstätigen Mittelstand. Sollen nicht von neuem Hemmungen eintreten, dann muß man auch in Mittelstandskreisen endlich einsehen lernen, daß Wirtschaft und Politik untrennbar miteinander verbunden sind und daß genau lo wie sich die demokratische Linie für die Augen- und Innenpolitik nach jahrelangen Ringen als die allein tragbare erwiesen hat, auch die Wirtschaft nur auf der Grundlage einer demokratischen Finanzpolitik wieder in Gang kommen kann. Diese Einsicht führt aber in logischem Denken auch dazu, daß je stärker die demokratische Vertretung in den Parlamenten dabei ist, um so mehr und besser die Interessen der Wirtschaft wahrten kann. Es ist Aufgabe der Handwerker und erwerbstätigen Mittelständler, hieraus die einzig möglichen Folgerungen zu ziehen. Dazu tritt der augenscheinliche Beweis, daß man von den Reichsparteien wiederholt im Stich gelassen und nur solange unworden werden ist als Wahlen bevorstehen. Auch der Verlust, seine Interessen einer neuen Partei, der „Wirtschaftspartei“, anzuvertrauen, hat mit einem völlig negativen Ergebnis geendet. Sie war bisher nichts anderes als eine Skulptur für reaktionäre Sonderzwecke und wird dies auch in Zukunft bleiben. Es ist daher an der Zeit, daß der erwerbstätige Mittelstand sich wieder in der Deutschen Demokratischen Partei sammelt. Denn das Programm Dr. Reinholds kann nur durchgeführt werden, wenn die Demokratie zu dieser Durchführung stark genug ist.

Johannes Dornblüth.

Beamten-Ausschuß der D. D. P. Halle

Gerhard Vogl, Berlin, spricht am Freitag, dem 5. März, abends 8 Uhr im „Neumarkt - Schützenhaus“ über

Akute Beamtenfragen.

Dr. Strejmann heute die Früchte ernten, welche von Dr. Wirth und Rathenau ausgeföhrt seien. Ohne die Verhandlungen von Genoa kein Londoner Abkommen und kein Locarno. Ohne dies jedoch auch keine Räumung Kölns und der ersten Zone. Medizinrat Dr. Kühlein freizite zunächst die vorkriegszeitlichen Zustände und die Wohnungsverhältnisse. Die Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose sei ständig im Wachsen, ebenso sei aber auch ein Geburtenrückgang unverkennbar. Nach den statistischen Aufnahmen gibt es in Deutschland 7 Millionen Menschen, welche kein eigenes Bett haben, und etwa 55 000 Kinder wandern jährlich in die Gefängnisse. Zieht man die Rentenzahlung an die Kriegsbekämpften in Betracht, welche mit 932.000.000 M. weit hinter der anderer Länder zurückbleibt, dann muß man zu dem Ergebnis kommen, daß das deutsche Volk den Luxus der Fürstenabfindung nicht mitmachen könne. Redner unterzog die übertriebenen Ansprüche der einzelnen ehemaligen Fürstenhäuser in der jetzigen Not des gesamten Volkes einer näheren Betrachtung und betonte, daß drei Möglichkeiten der Abfindung zu erwägen seien: Aufwertung auf Grund des Aufwertungsgesetzes, Regelung durch ein Sondergericht, oder entkündigungslose Enteignung. In Anbetracht der Not des Volkes erklärte Redner sich persönlich für letztere Lösung. Lebhaftest Beifall der gut besuchten Versammlung folgte diesen Ausführungen. Da auf eine Aussprache verzichtet wurde, schloß der zweite Vorsitzende unter Dankesworten die Versammlung.

Bitterfeld. (Monatsversammlung der hiesigen Ortsgruppe der D. D. P.) Am 17. Februar hielt die hiesige Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab. Nach Bekanntgabe verschiedener eingegangener Schreiben des Vorstandes des Bezirksverbandes wurde nach erfolgter Kassenprüfung dem Kassenführer für 1925 Entlastung ausgesprochen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein

Referat von Generalsekretär Doranblich über „Einige interne Fragen in unserem Parteileben“. Redner sprach zunächst von der Stellung der Demokraten im Provinzialparlament und verbreitete sich hierauf über die Eignung des Parteiausfühlers in Berlin. Er ging näher auf die Regierungsbildung ein, behandelte die Rede des Reichswehrministers Gehler und die Stellung der liberalen Vereinigung und die Reden bei demselben, der liberalen Vereinigung, die Reichswehr, die Schutzpolizei und der Volksschiffahrt eingehend erörtert wurden. Zum Schluß wurde zur Sprache gebracht, daß bei den Zentralen, denen unsere öffentlichen Sparkassen größtenteils angeschlossen sind, nach Zeitungsnachrichten dort Direktorengehälter von 80 000 RM. gezahlt werden und außerdem starke Verwaltungsstellen auftreten sollen.

Umsonst



können wir Ihnen fortlaufend unsere Wochenschrift nicht liefern. Die Lieferung von Werbenummern stellen wir nach einigen Wochen wieder ein. Bestellen Sie bitte frühzeitig beim Postamt ein Abonnement, damit in der Zufassung keine Unterbrechung eintritt.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Müns, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Konsum-Verein für Magdeburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.

Fleisch- und Wurstwaren

in bekannter Güte.

Frisches Schweinefleisch

in allen Lagern.

Prima

Rinder-Gefrierfleisch

allerbesten Qualität.

Filet und Kouladen . . .	Pfd. 90 Pf.	Kochfleisch und hohe Rippe	Pfd. 70 Pf.
Braten	Pfd. 80 Pf.	Kochfleisch	Pfd. 58 Pf.

Geschäftsverlegung.

Meiner sehr verehrten Kundschaft die ergebene Mitteilung, daß ich mein **Bürobedarfsgeschäft, Geschäftsbücher, Papier- und Schreibwaren-geschäft** von **Breiteweg 267** nach den größeren Räumen **Breiteweg Nr. 271** (nahe der Drantenstraße) am 2. März verlege. Ich bitte ganz ergebenst, das mir bisher erwiesene Wohlwollen auch fernerhin zu bewahren. Es wird nach wie vor stets mein Bestreben sein, meine verehrte Kundschaft in jeder Beziehung zufriedenstellen zu bedürfen.

Hochachtungsvoll
Carl Hagemann.

Meine Spezialitäten

Echte bayrische

Loden-Mäntel

wasserdicht imprägniert
Mk. 48.- 42.- 36.- 28.-

Gummi-Mäntel

beste Gummierung feinste Verarbeitung neue Formen
Mk. 42.- 36.- 28.- 19.-

Falkenburg

12 Alte Ulrichstraße 12
— gegenüber der Kirche. —

Bergessen

Sie nicht!

ein Abonnement auf unsere **Wochenschrift**

zu bestellen. Die Probestücke erhalten Sie nur für einige Wochen. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, sowie der Verlag entgegen.

Besuchen Sie das

Warenhaus Gebr. Barasch

Breiter Weg 149

während der

48 Pfg. und 95 Pfg. Tage

Photographie!

Großer Preisabbau in Photographien, Postkartenaufnahmen und Paßbildern.

Die Preise sind so niedrig gestellt, daß selbst der weniger Bemittelte sich ein bestens ausgeführtes Bild leisten kann.

Hugo Paulsen, AlteUlrichstr. 18

Hotel und Restaurant „Weisser Bär“

Bekannt gute Küche.
Pilsener Urquell
Münchener Spatenbräu
Ad. Thurnagel.

Meyer Michaelis
Gebr. 1864 Magdeburg Gebr. 1864
Gr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424

Günstigste Bezugsquelle
für Sahl-, Scheiber u. sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel

Homöopathische Biochemische Krankenbehandlung
Maassen, Magdeburg,
Prälatenstr. 1411, Ecke Himmelreichstr.
Sprechst. 9—4 Uhr; Sonntags 9—11 Uhr
Donnerstags keine. Harnuntersuchung

Siebert & Würbach :: Magdeburg.

Inhaber: Richard Siebert

Große Mühlstraße 16. Fernsprecher 7230

Kolonialwaren — Konserven — Delikatessen
Wein und Spirituosen.

Spezialitäten: Rheinisches Apfelkraut — Weisskäse
Frankfurter Apfelwein von Adam Radies.
Lieferung frei Haus.

Salzquelle

Jeden Sonntag:

Konzert

Anschließend
Tanzkränzchen.

Konfirmanden-Anzüge

empfiehlt Konfektions-Haus

Deutsche Herrenmoden

Breiteweg 136, gegenüber d. Ratsvogelpl.
Bekannt billige Reizanstelle für Herren- und Knaben-Bekleidung

Denken Sie daran Ihre Familien-Anzeigen auch in unserer Zeitschrift aufzugeben.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Samstagsmorgen mit Ausnahme des Heiligabend. Preis: 20 Pfennige. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Verleger und die Verlagsanstalt (Siedler, Leipzigerstr. 21, Leipzig), entgegen. Einzelne Hefen 5 Pfennige. Preis: 10 Pfennige. Preis: 20 Pfennige. Preis: 20 Pfennige. Preis: 20 Pfennige.

Anzeigenpreis: Für die erste Spalte 1000 Mark, für die zweite 800 Mark, für die dritte 600 Mark, für die vierte 400 Mark, für die fünfte 300 Mark, für die sechste 200 Mark, für die siebte 150 Mark, für die achte 100 Mark, für die neunte 75 Mark, für die zehnte 50 Mark. Preis: 100 Mark. Preis: 100 Mark. Preis: 100 Mark. Preis: 100 Mark.

Nummer 9

Halle (S.), 27. Februar 1926

2. Jahrgang

Gefahrenzone.

Aprilwetter in der Politik — Der Stein auf orientalischen Wegen — Europas Dummheit — Wie Frankreich den Artikel 16 außer Kurs setzt — Die antibolschewistischen Afghanen — Gefahren vor den Toren Indiens — Der kleine Gernegroß Polen — Deutschnationales Mikroskop für Regierungschlappen — Das Fremdwort Regierungspartei — Neuer Dampf für die Eisenbahn — Langfristige Wechsel auf Moskau — Das einige Volk — Volkstraumerei — Zum Gedächtnis Eberts.

Politik gleicht dem Aprilwetter. Verlaß ist niemals darauf. Wittern im schönsten Sonnenschein bewölkt sich das Himmel und fendet seine Regengüsse nieder. Auch das Kleinste ist bisweilen der Fall. Daher werden auch die Staatsmänner so nervös. Niemals können sie auf lange Sicht arbeiten. Die besten Pläne werden an einer Kleinigkeit zu Bruch gehen. Man kann die europäische Welt meistens und plötzlich über einen Stein stolpern, der fern im Orient auf einem gotterleuchteten Berg liegt. In Europa rächt es sich, daß es keine Jangarme über die ganze Welt ausgereicht hat. Ansohnende ist es nie davon sicher, sich an dem unumgänglichsten Ort zu verhalten. Schon die griechische Sage erzählt, daß die fürstliche Jungfrau von einem Stier über das Mittelmeer getragen wurde. Der Weg führt auch rückwärts. Unter diesen Erinnerungen leiden wir noch heute. Europa hat dabei noch die besonders erfreuliche Dummheit gemacht, die Wässer der Erde zu besapfen und im Gebrauch von Wehringewehren und Handgranaten zu unterrichten. Mehr bekommen wir den Erfolg dieser praktischen Kurie zu spüren. Die Franzosen in Marokko, die Engländer in der übrigen islamitischen Welt.

So laut ist der Streit da draußen, daß man ihn vornehmlich in Genf hören wird. Und an den Ufern dieses vielleicht schönsten Sees des Abendlandes lauschen die Staatsmänner angestrengt auf das Wassergeflirr unter den Anhängern des Propheten. Sie sind für diese Geräusche ungewöhnlich empfindlich. Zumal die Engländer. Schon einmal haben sie unter der bewährten Führung Lord Georges an dem gleichen Ufer, in dem benachbarten Lausanne, einen tragischen Rückzug antreten müssen, als der Sendbote Vincennes, Franklin Bouillon das Angorawortkommen schloß. Die Opfer waren wir. Auf unserem Rücken lag der große Walliser, der als Staatsmann nicht ganz so bedeutend war wie als Redner, seinen berechtigten Vorgesetzten aus. Doch uns heute das gleiche? Briand hat die Methode aus Bar-le-Duc wiederholt. Diesmal heißt der Sendbote Henry de Jouvenel. Und wieder hat man sich in Angora geeinigt. Die Intimität zwischen den Türken und Franzosen erzeugt in London hartes Unbehagen. Belagter Jouvenel hat nämlich die irische Frage aus der Welt geschafft und sich mit den Türken freundschaftlich geeinigt. Auf Kosten Englands, das uns wahrscheinlich die Rechnung präsentieren wird.

Welch ein Kärm herrsche, als wir den Artikel 16 der Völkerbundsatzung beanstandeten, weil uns die Kräfte fehlten, um an jeder Straßenecke dieser Institution ehrenvollen Anteil zu nehmen. In der Tat war es unverständlich, daß wir uns so laut zur Wehr legten. Wir ehen nämlich, daß man daselbe auch wesentlich geräuher machen kann. Frankreich hat diesen Artikel stillschweigend außer Kraft gesetzt. Ganz einfach. Nur ein kleines Neutralitätsabkommen mit den Türken, gegen die es nicht mehr zu Felde ziehen wird, selbst wenn man in den nächsten den dringenden Wunsch danach hegt. Ein Rechtsbruch? Mit nichten und im Gegenteil. Da im Völkerbundsrat Einkünfte für jeden Beschluß herrschen muß, ist es eine Kleinigkeit, ihn durch ein Veto zu verhindern. Frankreich wird sicherlich niemals mehr zulassen, daß den Artikel ein Leid geschieht. Wenn alle Staaten, die im Rat vertreten sind, sich in gleicher Weise vöterlich irgend eines anderen Landes annehmen, so ist der ewige Frieden gesichert. Selbst Straßenecken können dann wegen des Wehrens Wetters nicht mehr stattfinden. Und das ist immerhin ein Fortschritt, wenn er auch den Völkerbund nicht mehr stützt.

Dann aber der ewige Frieden, dieser Traum, von dem Wolke einst sagte, er sei noch nicht einmal ein Löcher, die Wäffern- und Munitionsfabriken nicht allseitig durchzucht, sind die Afghanen das Schwert aus der Scheide. Sie sind im Nationalbewußtsein etwas vorgezogen, was sie der Karthage Europas zu verdanken haben. Tugend ein Grenzwissenschaft findet sich immer, wenn die Meinung zu einer Abredung nach den Aufforderungen der Militärs einen berechtigten Kern hat. Wenig empfinden die Afghanen, daß die bolschewistischen Polen bei ihnen Heimatsrecht suchen. Nun glauben sie, daß die Welt sich freiwillig von solchem Beginn zurückziehen zu müssen. Sie haben aus der europäischen Geschichte etwas gelernt und wissen, daß diese Ideen sich sehr

schnell einnisten können, aber sich mit keinem Pulver wieder entfernen lassen. Außer mit Schießpulver. Und das scheinen sie in größerer Vorräte zu besitzen. In London aber ruht man von einem Stuhl auf den anderen. Afghanische Erfolge könnten in Indien ein unjapanisches Echo wecken, eine Wiederlage würde Rußlands Macht an die Tore dieser Mächtigsten über jenseitigen Reiz aus.

Der Völkerbund tritt also unter nicht übermäßig freundlichen Vorsehen zusammen. Bei uns paßt man bereits die Koffer. Nur weiß man noch nicht, wer ist Fremdem Chef der Abordnung oder nur Begleiter des Kanzlers. Reiner sollte sich um diese Aufgabe reifen. Es ist mehr Würde als Würde, denn in Genf sehen wir nicht nur fröhliche Gesichter und neben manchen herzhaften Händedruck werden wir auch einige finstere Miemen einlaßeren. Reiz ist eine menschliche Eigenschaft. Mühselig folgt uns auf unserem Wege. Spanien läßt zwar mit sich reden, und von Brasilien ist es sogar leiblich still geworden, aber erfahrungsgemäß sind die Kleinsten immer die größten Krachler. Solens Geländer in Paris tonitruete auf die Gerechtigkeit des Völkerbundes, was er so Gerechtigkeit nennt. Er meinte Wiederholungen von Oberhessen und Danzig. Frankreich aber hat immer ein Faible für dieses Volk gehabt, das seine abgelegten Kulturleiber über die eigene schmutzige Unterwäsche zog. Herr Briand ist zwar ein Politiker von gutem Wuchs und würde vermutlich die Polen opfern, aber die Deutschnationalen, Verzeihung die französischen Nationalisten, was im Eifer baselise ist, stellen ihm ein Bein. Bekommt Polen seinen Sitz im Rat, so hat man Deutschland eins ausgewischt und Locarno getrimmter, fällt dann erfolgt der Generalurteil gegen den niederminister. Diese Art von Politik ist uns zu brauchen sie nicht erst aus dem Kopf überlegen.

Ein Erfolg in der Stadt Rouleaus ist nötig. Nicht nur für Herrn Chamberlain-Geliebten des Foreign Office, nicht nur für sich mit seiner Kammer und die Finanzreferent und die Bundesgenossenschaft des Senats Beziehung empfinden, sondern auch für die Reichsregierung. Zur Zeit nutzen sie eine Zeit. Der Reichstag ist für acht Tage in die Ferien. Das manchen der Minister einen Stoß erleichterung einlöst haben dürfte. Der Reichstag dies nicht unbedingt gut. Taktisches Vorgehen einer Schlange, die unter deutschnationaler einer Niederlage wurde. Die Herran redete Mißerfolge der Ändern immer geradezu mündlich. Ihre eigenen Niederlagen, und massiv, steden sie mit stolzer Nähe ein. verlangte nach drei ausgiebigen Neben abten, daß der Haushaltungsausgleich sich im Wirtschaftsprogramm des Kabinetts be hatte schon keine Gründe. Er fürchtete Kapitalitäts-Hoherei der Volkstoten in der Verfallslohenunterstützung. Selbstverständlichen Aninnen schände abgeben. Sojaldrediesmal ohne Telegramm aus Moskau, sprangen dem Kanzler bei. Demokraten und Bauern hielten die Treue. Regieren ist ein Fremdwort und wird daher oft falsch verstanden. Regierungsparteien erst redt. Sie verwechseln sich selbst mit der Opposition. Deshalb stimmen sie fröhlich gegen ihre eigenen Minister. Luther fand das ungehörig. Wir auch. Nachher wurde das durchlöcherige Gewebe wieder zusammengezogen, und ein Kompromiß in der Erwerbslosenfürsorge fand allseitige Billigung — bei den Bürgerlichen. Die Sozis hätten gerne, wünschten, hofften, aber Courage war nie ihre Stärke. Ein Bild nach hints und sie lebten ab.

Erwerbslosenunterstützung ist gut, Arbeit ist besser. Almosen nützen nicht viel. Jeder vernünftige Mensch drängt nach Beseitigung. Nichts wird bitterer empfunden als erzwungener Mühsiggang. Ausgelagerten Erwägungen heraus istlag das Kabinett neue Notstandsarbeiten vor. Man ist sogar aus den Erwägungen schneller herausgekommen, als dem letzten Umständen behagt. Hoffentlich wird er bald durch ein Auto ersetzt. Die Eisenbahn erhält 100 Millionen, um sich zu verbessern. Was sehr zweckmäßig ist, denn schiefliche sind Tarifserhöhungen allein keine ausreichende Reform. Für den Export nach

Rußland werden sogar 300 Millionen ausgeworfen, damit der Handel blühe und gedeihe. Moskau unterseidet sich augenblicklich in nichts von anderen internationalen und nationalen Kunden. Es gibt Wechsel auf lange Sicht. Die vielleicht auch einmal eingestrichelt werden. Auf jeden Fall bleibt das Geld im Lande, höchstens verlieren wir einige Rohstoffquantitäten, was zwar bedauerlich, aber immer noch erträglicher ist, als wachsende Arbeitslosigkeit.

Ehe der Reichstag seine Arbeiten wieder aufnimmt, begehrt das deutsche Volk, laut Verfassung geneigt in seinen Stämmen, den Volkstraumerei zum Anbeten an seine Toren. Um die Einigkeit sinnfällig zu markieren, schlossen sich Bayern und Sachsen aus. Weißblau wehrt nicht gerne neben schwarz-rot-gold. Die übermächtige Mehrheit der Nationen aber legt an den sichtbaren und unsichtbaren Gräbern seiner Gefallenen deutsche Ehrenkränze nieder. Vergeblich sind sie nicht geworden. Sie sind Bürgen einer neuen Zeit, die erst ihr Opferdorn herausgeführt hat, auch wenn das manche Führer aus dem Weltkrieg nicht begriffen haben. Das Vergangene ist vergangen. Bleibt es auch. Schon Goethe, der nicht im Verdacht demokratischer Gesinnung stand, meinte, das Gewesene lehre nicht wieder. Nur wenn es leuchtend niedergelegt. Doch waren wir uns den Nachjag. Angeführt der Monarchie Wilhelms II. wäre er Verzichtung. Die deutsche Republik dankt ihm aber an diesem Tage, daß er sie ins Leben rief. Sie gedenkt auch in dieser Stunde ihres ersten Präsidenten, der, das will ein Zufall, genau ein Jahr tot ist. Ihr erster Präsident kann fordern, daß sie ihn ein ehrendes Gedächtnis bewahrt, denn er hat sie geschaffen. Und auch die Deutschnationalen sollten dankbar sein für die Waisenheime, die sie jetzt schwärmen, weil die sie herbeigehalten hat. Ohne Ebert aber die Früchte etwas enteignet und er wendet sich der Blick zu dem, was ist das Geschenk der Deutschnationalen. Und zwar ein ausgezeichneter, was sie zu geben hatten. Deshalb im Stich. Der zweite Präsident ist nicht an diesem Volkstraumerei angehenheit, die für uns die Zukunft heißt. Richard Man.

Staatsdomänenland
und mittlere Landwirte.
des Preussischen Landwirtschaftsministeriums.
Der Minister schreibt uns:
Preußen üblich, daß die Staatsdomänen nur als große Güter verpachtet werden und demgemäß kleinere Pächter und dergleichen abgegeben wurden. Es ist in Deutschland die mittleren und kleinen Betriebe widerstandsfähiger gegen Erweisen als die Großbetriebe. Die Verpachtung geht ja auch das Reichsbedienstetungsgesetz aus. Die führenden Wissenschaftler in der Landwirtschaft erwarten von einer Vernehmung der mittleren und kleinen landwirtschaftlichen Betriebe eine wesentliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und damit eine Stärkung des inneren Marktes.

Es ist darum sehr zu begrüßen, daß die preussische Domänenverwaltung sich diesen neuesten Anschauungen anpaßt. Auf eine große Anfrage der Demokratischen Partei im Landtage wegen der Förderung der Arbeiterbildung wurde nämlich bezüglich der Domänenverpachtung eine recht befriedigende Antwort gegeben. Man will nicht nur die Vorschriften des Reichsbedienstetungsgesetzes wegen der Abgabe von Anliegerland, wo es noch nicht gegeben ist, ausfüllen, sondern man will auch darüber hinaus in den Pachtbedingungen für Staatsdomänen in Zukunft eine Bestimmung aufnehmen, wonach eine Abgabe von Domänenland an kleine und mittlere Bauern usw. erfolgen kann. Schließlich soll dafür Sorge getragen werden, daß diese Pachtverträge langfristig abgeschlossen werden, um die bäuerlichen Land-

